

SPD demokratischer pressediens

P/XXV/148

11. August 1970

CDU-Schuld an der Wohnungsmisere

Ein deutliches Wort zur Unions-Agitation

Von Karl Ravens SPD-MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Städtebau und Wohnungswesen

(Seite 1 - 2 / 52 Zeilen)

Wo blieb die nationale Verantwortung?

Indiskretionen - nun muß der Deutsche Presserat einschreiten

Von Fritz Sänger

Mitglied des Deutschen Presserates

(Seite 3 - 4 / 62 Zeilen)

Siegt die Vernunft über Emotionen?

Zur Waffenruhe in Nahost

(Seite 5 / 38 Zeilen)

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt:

Volkmar Gabert appellierte an die Vertriebenen
In alter, bewährter Freundschaft
Erdöl für Osteuropa

Chiefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37-38
Telefax: 065 848 880 847
065848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

CDU-Schuld an der Wohnungsmisere

Ein deutliches Wort zur Unions-Agitation

Von Karl Ravens SPD-MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im
Bundesministerium für Städtebau und Wohnungswesen

Mit welchen Scheuklappen CDU-Politiker selbst dann ausgerüstet sind, wenn sie sich auf dem selbstgewählten Spezialgebiet tummeln, bewies einmal mehr der Abg. Ferdinand Erpenbeck, der einer Arbeitsgruppe seiner Fraktion vorsteht und sich deshalb bemüht fühlte, der Bundesregierung Untätigkeit auf dem Gebiet der Wohnungspolitik vorzuwerfen. Der Unionssprecher kam auf die glorreiche Idee, die Bildung eines Kabinettsausschusses für Mietrechts- und Mietpreisfragen als eine Art Mißtrauensvotum für das Bundesministerium für Städtebau und Wohnungswesen anzusehen.

Hier irrt Herr Erpenbeck! Das Bundesministerium für Städtebau und Wohnungswesen selbst hat die Bildung dieses Ausschusses vorgeschlagen, denn - weiß das Herr Erpenbeck wirklich nicht? - Mietrecht ressortiert nun einmal beim Justizministerium, Rationalisierung gehört zum Wirtschaftsministerium, und eine Reihe weiterer Ressorts gehören zu den großen Auftraggebern im Baugeschehen, müssen also beteiligt werden, wenn es darum geht, Rationalisierungsaufgaben zu machen oder den Winterbau zu forcieren. Die Behauptung, bei alledem handle es sich um "uneigenste Aufgaben" unseres Ressorts, ist nachgerade billig für die Angehörigen jener Partei, die den Wohnungsbauminister in jenen Jahren gestellt hat, als mit dem Lücke-Plan die Fahrt ins Unglück der Mieter begann.

Denn nicht die Konjunktur von 1970, wie die CDU behauptet, sondern ihr übereilter Unglücksplan ist schuld an der Wohnungs-

misere. Die Union hat die Bewirtschaftung zu früh aufgegeben, die Mieten zu früh freigegeben und die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau zu schnell gesenkt. All das geschah unter ihrer Verantwortung, und jetzt möchte Herr Erpenbeck angesichts der Trümmer der Politik seiner Partei die Schuld anderen anlasten. Das werden wir uns nicht gefallen lassen.

Das Lauritzen-Programm ist trotz aller Unkenrufe finanziell gesichert, und wenn der Abg. Erpenbeck die zusätzlichen Mittel des Bundes nennt und so tut, als wenn damit allein die Wohnungen gebaut werden sollten, ist das ein unguter Taschenspielertrick. Die CDU weiß so gut wie wir, daß Wohnungen nicht nur vom Bund finanziert werden, sondern dazu auch von den Ländern und vom Kapitalmarkt. Sie weiß auch, daß höhere Förderungssätze und erhöhte Einkommensgrenzen im langfristigen Wohnungsbauprogramm vorgesehen sind. Und wenn die Union als einen der wenigen eigenen Vorschläge ausgerechnet immer nur von der Erhöhung allein der Mietobergrenze beim Wohngeld spricht, dann scheint die Absicht deutlich genug hindurch: Man möchte mit dieser isolierten Heraufsetzung auch ungerechtfertigte Mieterhöhungen honorieren. Wir aber wollen nicht jene Vermieter belohnen, die Wohnungen für Objekte zur Gewinnmaximierung halten, und haben deshalb einen ausgewogenen Entwurf für ein neues Wohngeldgesetz vorgelegt, der eine wirkliche Verbesserung verspricht.

Das ist nur ein Beispiel für die ungerechtfertigten Angriffe aus einer Partei, die ihre eigene Blöße in der Wohnungspolitik durch heilfertige vorgetragene Kritik zu decken versucht. Es gibt keinen Grund, mit den eigenen vielfältigen Maßnahmen vor solchen durchsichtigen Manövern zurückzuweichen.

+ + +

Wo blieb die nationale Verantwortung?

Indiskretionen - nun muß der Deutsche Presserat einschreiten.

Von Fritz Sänger

Mitglied des Deutschen Presserates

Einen Tag bevor die Bundesregierung die amtlichen Texte des in Moskau formulierten Vertrages über Gewaltverzicht und Zusammenarbeit und der dazu gehörenden Briefe veröffentlichen wollte, hat wieder einmal eine unverantwortliche Indiskretion bezeugt, was es mit den Worten vom Verantwortungsbewutsein und dem "nationalen Interesse" bei manchen Politikern und bei manchen Journalisten auf sich hat - nichts! Wem sollte die Veröffentlichung dieser Texte, die am Dienstag in der "Welt" erfolgte, nutzen? Sie redeten vom Vaterland und sie meinten Katun - so hie es einmal in den Zeiten der harten Auseinandersetzungen um die soziale Gerechtigkeit für alle. Sie reden heute von Informationsfreiheit und sie glauben Vorteile für ihre politischen Ansichten erreichen zu können.

Wem oder welcher Absicht konnte eine vorzeitige Veröffentlichung nutzen, die vorgenommen wurde, bevor die Bundesregierung abschlieend Stellung genommen hatte? Ein Informationsinteresse bestand, aber es konnte erst bei voller offizieller Verabschiedung verantwortlich befriedigt werden. Dies ist der Punkt, an dem die wiederholte journalistische Fehlleistung festzustellen ist. Zu jeder Zeit haben tüchtige Journalisten mehr gewut als veröffentlicht, aber tüchtige und dazu verantwortungsbewute Journalisten haben zu jeder Zeit auch Disziplin geut und sich nicht zum Dienst an politischen oder gar parteipolitischen Manipulationen hergegeben. Es gibt einen Ehrenkodex des Journalismus, der nicht ungestraft verlassen wird.

Es ging auch nicht um das Verhüten von Schaden, es ging um eine unverantwortliche Demonstration. Die Texte auf den Papieren stehen fest; um ihre politische Bewertung werden Regierung und Parteien diskutieren, wozu auch die Opposition ihre Mitarbeit

angekündigt hat. Am folgenden Tage hätte die Beurteilung des Kabinetts vorgelegen. In einer solchen Situation der Erste sein zu wollen, das muß auch als ein Beweis des Strebens nach kommerziellen Vorteilen angesehen werden, die gegenüber der Presse insgesamt und gegenüber anderen Publikationsmitteln erreicht werden könnten. Wo blieb bei solchen Erwägungen die Mitverantwortung für die Anliegen der Bundesrepublik, um deren Position und um deren Vorteile es geht?

Wir verzichten auf das Erwägen rechtlicher Fragen, die mit dieser Veröffentlichung erneut entstehen und wir verzichten auf die Frage, wo die Quelle dieser Indiskretion zu suchen ist, die sehr viel mehr offen zu liegen scheint als in den vorangegangenen Fällen. Umso mehr ist der Journalist belastet, der in Kenntnis dieser Quelle unbeachtet läßt, daß er mit seinem Verhalten die Chancen gefährdet, die einer unabhängigen Publizistik gewahrt bleiben müssen. Heute weiß man - und vor allem wirklich informierte und sachlich arbeitende Journalisten wissen es - welchen unmittelbaren Schaden Veröffentlichungen geheimer und vertraulicher Papiere angerichtet haben, die vor Beginn der Moskauer Verhandlungen erfolgten und durch die der Partner am Verhandlungstisch sich zu härterer Haltung gezwungen sah, um nicht das Gesicht zu verlieren. Wer will das verantworten?

Wer morgen Vorwürfe über angeblich unzureichende Moskauer Abmachungen, über nicht genügende Sicherungen erheben will, der hat sich, seine Freunde und Helfer zu fragen, welche Vorgänge dazu beigetragen haben, daß manches unerreichbar wurde. Eine aufmerksame öffentliche Meinung wird diese Frage stellen und muß die zur Rechenschaft ziehen, die um eines kläglichen Vorteils willen das höhere Gut der Wahrung der Chancen der Bundesrepublik und einer unabhängigen Presse mißachteten.

Es ist hohe Zeit, daß das unabhängige Organ der Selbstkontrolle der deutschen Presse, der Presserat, sich mit der Verhaltensweise einiger Journalisten und Redaktionen befaßt.

Siegt Vernunft über Emotionen?

Zur Waffenruhe in Nahost

Während die Aufmerksamkeit der Welt auf Moskau gerichtet ist, wo durch die Unterschrift unter den deutsch-russischen Vertrag ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion aufgeschlagen wird, bahnt sich in Nahost eine ebenso wichtige Entwicklung zur Sicherung des Weltfriedens an. Seit dem 7. August schweigen die Waffen an den so hart umstrittenen ägyptisch-israelischen und israelisch-jordanischen Grenzen. Beide Seiten beachten den nach schweren Mühen durch die Vermittlung des amerikanischen Außenministers Roger zustande gekommenen 90tägigen Waffenstillstand, zu dem auch die Sowjetunion aus wohl erwogenen Gründen ihre Zustimmung gegeben hat.

Auf dem UNO-Beauftragten Gunnar Jarring lastet eine schwere Bürde. Aber es ist schon ein hoffnungsvolles Zeichen, daß ihn beide Seiten als Vermittler akzeptieren und ihm Vertrauen schenken. 3 1/2 Jahre nach dem 7-Tage-Krieg ergibt sich in diesem Teil der Erde eine Chance zur Friedensöffnung, beginnen Emotionen der kühlen Vernunft zu weichen. Das geschah nicht ohne Nachhilfe. Sowohl die Sowjetunion als auch die Vereinigten Staaten erkannten den Rand des Abgrundes, vor dem beide in Nahost so stark engagierten Weltmächte standen. Sie üben jetzt einen heilsamen Einfluß auf die am Konflikt Beteiligten aus. Die Möglichkeit scheint nicht ausgeschlossen, daß russische und amerikanische Truppen als Friedenswächter am Suez-Kanal in Erscheinung treten.

Der Suez-Kanal, eine der wichtigsten Wasserstraßen der Welt, kann seit 3 1/2 Jahren nicht mehr benutzt werden. Viele Schiffe liegen in ihm fest. Zurzeit wird im Auftrag der ägyptischen Regierung eine Studie unternommen, die untersuchen soll, was zu geschehen hat, um den schon in vielen Teilen versandeten Kanal für die internationale Schifffahrt wieder nutzbar zu machen. Auch das kann als ein hoffnungsvolles Symptom bewertet werden für die Ernsthaftigkeit des Willens, die Phase kriegerischer Auseinandersetzungen zu beenden.

Die Bundesregierung verfolgt mit Sympathie alle Bemühungen um eine Normalisierung der Lage in Nahost, und dies nicht nur aus wirtschaftlichen Interessen. Kriegsgefahren im Vorderen Orient bleiben nicht ohne Auswirkungen auf das europäische Sicherheitsgefüge. Sollte in diesem Teil der Erde in gesicherten Grenzen Friede entstehen, und die Völker ohne Furcht voreinander leben können, wäre dies ein Nutzen für die ganze Welt.

+ + +